

Auf der Autobahn zum Klimaschutz

Der Bundesrat will die Autobahn A 1 auf den Streckenabschnitten Bern-Zürich und Lausanne-Genf auf mindestens sechs Spuren ausbauen. Er empfiehlt eine entsprechende Motion aus dem Nationalrat kommentarlos zur Annahme, wie unlängst bekannt wurde. Der Vorstoss stammt von SVP-Nationalrat Erich Hess und wurde von 31 seiner Fraktionskollegen mitunterzeichnet. Hess begründe seine Motion damit, dass das Verkehrsaufkommen auf der 410 Kilometer langen A1 heute um einiges grösser sei als früher.

Nicht dass ein solcher Vorstoss aus dem Nationalrat überrascht. Auch dass er von einer Bundesratspartei stammt, die sich vor ein paar Jahren die Autopartei einverleibt hat (und deren neuester Bundesrat gerade eben noch Präsident von Auto-Schweiz gewesen ist), ist kaum der Rede wert.

Unappetitlich wird die ganze Sache deshalb, weil sich die gesamte Landesregierung *kommentarlos* hinter den Vorstoss stellt und damit stillschweigend deren Argument übernimmt. Eine Landesregierung, die von jedem Dach herab verkündet, sich um das Klima Sorgen zu machen und der Bevölkerung fast tagtäglich ins Gewissen redet, mit den Ressourcen sorgsam umzugehen und alles für einen CO2-neutralen Lebenswandel auf sich zu nehmen. Schon wegen dem angeblichen Energiemangel.

Weil wir also mehr Verkehr produzieren als früher, braucht es breitere Strassen. So hat man schon in den 70er Jahren argumentiert, um einerseits den Autoimporteuren eine breitere Fläche für ihre Spielzeuge anzubieten (und damit den Auto-Absatz zu fördern) und andererseits der Strassenbaulobby tüchtig Aufträge zuzuschaufeln. Aufträge für die man ausländische Arbeitskräfte importieren musste, für welche es dann auch neue Wohnungen brauchte und neue Strassen, auf denen die neuen Arbeitskräfte zur Arbeit fahren konnten. Der Kreislauf ist bekannt. Und die Konsequenzen auch. Nicht nur, dass der Schadstoffausstoss des motorisierten Verkehrs trotz Katalysatoren und allerlei Schönrederei Jahr für Jahr steigt. Auch die Landschaften in diesem kleinen Land sind zubetoniert. Einkaufszentren auf dem Land (leere Städte), Lagerhäuser noch und noch, überall die Hüslischwiz, die durch den Zubau von Strassen erst möglich wurde (und durch ein obszönes Bodenrecht, das eine nicht erneuerbare Ressource der Spekulation schutzlos ausliefert).

Die Wachstumsorgie im Strassenbau hat inzwischen auch die Bahnen erfasst. Mit dem Argument, dass es den Dreissigsekundentakt auch noch im hinterletzten Chrachen brauche, um Vorderfrutigen nicht von der Entwicklung, von Zürich und von der Welt abzuschneiden, werden Trassen durchs Land gelegt, wie von einem Märklin-Fan mit unbeschränktem Sackgeld. Nach den Milliarden, die man in Zürich verlockt hat, folgt nun Bern, wo gerade ein paar weitere Milliarden für noch mehr Bahnhof versenkt werden. Und Lausanne und Liestal und und und. Und wo die Bahn hinkommt – oder die Autobahn – steigen die Preise für den Boden, die Häuser, die Wohnungen. Es wächst zusammen, was zusammen gehört. Angeblich braucht es das alles, weil wir alle um einiges mehr Zug fahren als früher.

Und weil in immer mehr Wohnungen immer weniger Leute hausen, braucht das Land neue Häuser, neue Wohnungen, die dann noch mehr Energie verbrauchen und neuen Verkehr erzeugen, der durch noch mehr Strassen, noch mehr Strassenbahnen, noch mehr Bahnen ... die Geschichte ist bekannt. Da fällt auch gar nicht mehr auf, wenn mit dem Segen des Bundesrates, aber vorerst noch ohne Bundesgelder, unter der Oberfläche ein gigantisches, milliarden schweres Tunnelsystem gebaut werden soll, das für den Transport von Waren geplant ist. Waren, die immer mehr Menschen online bestellen und deshalb möglichst subito von einer Verteilzentrale zur anderen Verteilzentrale spediert werden müssen. Weil ja an der Oberfläche alle sechs- bis achtspurigen Autobahnen bereits wieder verstaubt sind mit 2 Tonnen schweren Geländefahrzeugen, die gerade mal 80 Kilogramm Mensch

von Frick nach Zürich oder von Thun nach Bern befördern, weil auf zwei Spuren Lastwagen stehen, welche die von den an ihnen vorbeirasenden 80 Kilogramm Mensch am Vortag online bestellt wurden, damit sie das Zeug am Abend, nach weiteren 80 Kilometern auf der Autobahn-Rückreise bei sich zuhause in Hüsliwil auspacken können. Denn per Bahn reist ja niemand mehr; weil wegen der permanenten Baustellen kein Zug mehr pünktlich fährt. Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode. Seit 60 Jahren. Aber schon William Shakespeare wusste mehr vom Wahnsinn als unsere von reiner Vernunft getriebenen Politiker.

Jetzt also der totale Ausbau eines Verkehrs-Systems, das seinen Grenznutzen längst überschritten hat und nur noch Kosten und Schäden anrichtet: an Mensch und Natur. Hat jemand im Parlament - vom Bundesrat, dem Befehlsempfänger von Bau-, Banken-, und Bauernlobby ganz zu schweigen - *Halt!* Gesagt? Dass von der erdrückenden Mehrheit dieses rechtsbürgerlichen Parlamentes, zu der ohne Umschweife auch die grün-freisinnige GLP zu zählen ist, nicht der Hauch von Besinnung zu erwarten ist, erstaunt kaum. Vernunft hat kein politisches Gewicht. Sonst hätte dieses ultrakapitalistische Land längst schon zur Vernunft einer gerechten Besteuerung von Vermögen und Einkommen gefunden. Oder zu einer Altersversicherung, die diesen Namen verdient. Oder zu einem Gesundheitssystem das nicht mit kranken Kassen finanziert wird beziehungsweise vom einfachen Steuerzahler, dafür gleich – mindestens – doppelt bezahlt: Prämien und Steuern für die Prämienverbilligung, von den Zuschlägen auf Tabakwaren gar nicht zu reden. Das – und noch viel mehr – würde auch zu einer kohärenten Klimapolitik gehören, weil nur eine menschliche, solidarische und nach Gleichheit trachtende Gesellschaft für ein harmonisches Leben mit der Natur fähig ist. Alles andere ist Konsum, Wachstum, die Logik von immer *mehr desselben* müsse zwangsläufig zu *immer besser* führen. Das Beispiel des Autobahnwahnsinns spricht Bände.

Geradezu lustig erscheint da die Geschichte von der Solaroffensive. Mit lautem medialem Trarara wird seit Jahr und Tag dafür geworben, dass man im Hochgebirge doch endlich Solarparks einrichten soll, um die künftige Stromlücke – ein Folge des oben beschriebenen Wahnsinns – gar nicht erst entstehen zu lassen. Und weil solare Paneele sozusagen in jedes Parteiprogramm passen, irgendwie, herrscht landauf, landab wärmender Konsens zu den Solarparks im Wallis – wo man seit Menschengedenken das Subventionieren im Blut hat. Blöd nur, dass offenbar kein Mensch auf die dämliche Frage gestossen ist: Wie kommen denn die künftigen solaren Gigawatt in die Üsserschwiz, also zu den grenzenlos und elektrisch herumfahrenden und konsumierenden Landsleuten im flachen Land? Die Sache wurde derart blöd aufgegleist, dass man die hochtrabenden Projekte in den Hochalpen auf das Niveau von Sonnenpärklein zurückstufen muss – die dafür notwendigen Leitungen wurden in der Solareuphorie vergessen. Ende der Durchsage.

Wenn die erdrückende Mehrheit nicht zur Wende fähig ist, sieht es denn bei der nominellen Opposition besser aus? Fehlanzeige. Von Rot bis Grün eifert man den Wachstumsvorgaben hinterher und reiht sich in das unreflektierte Gehabe um die neuen erneuerbaren Energien ein. Hauptsache mehr Energie, aber bitte mit Grün. Es ist auch noch niemandem eingefallen, eine Strategie zu entwerfen, wie man die breite Bevölkerung von weniger Wachstum, von weniger Haben und von mehr Leben überzeugen könnte und nicht bloss die eigene Klientel der fünfundzwanzig Prozent Minderheit, die es auch mit oder ohne rote und grüne Parteien geben würde.

Weit und breit ist nicht die Spur eines glaubwürdigen Rückbaukonzeptes (was zum Beispiel Autobahnen oder Hochbauten beträfe) in Sicht, auch hört und liest man nichts von einer Abkehr vom Wachstumswahn. Offenbar hat man sich längst damit abgefunden, ein paar abfallende Profitprozente zu verteilen oder sich die grün gestrichenen Leitplanken an den Autobahnen auf's politische Guthabekonto zu verbuchen. Auf der Autobahn Richtung Klimaschutz. Hauptsache elektrisch. Wir sehen uns vor Gösgen II.

Immerhin: der elektrische Strassenverkehr hat sein Gutes. Dank der neuen Ruhe hören wir nun alle die Vögel besser, die seit Jahren nicht mehr pfeifen.

Olten, Mai 2023/SF